

# Entwurf Positionspapier

## Nachhaltigkeit und Suffizienz

Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern (VLAB)  
staatlich anerkannte Umwelt- und Naturschutzvereinigung

Copyright © 2016 Verein für Landschaftspflege & Artenschutz in Bayern e.V.



Wenn man die öffentliche Wahrnehmung zum Maßstab nimmt, war Deutschland noch nie so „grün“ wie heute. Das der Forstwirtschaft entlehnte Prinzip der Nachhaltigkeit, nach dem heutige Generationen nur so viele Ressourcen beanspruchen sollen oder dürfen, dass künftige Generationen in ihren Lebenschancen nicht beeinträchtigt werden, ist zur Worthülse geworden. Schlagworte wie „bio“, „öko“, wahlweise auch „eco“, Begriffe wie Effizienz, Recycling, Kreislaufwirtschaft, „cradle to cradle“, Regionalität und Saisonalität sind zwar in aller Munde, werden aber nur selten mit echten Inhalten gefüllt. Oft dienen sie nur dazu, um zu verschleiern, dass einfach alles so weitergeht wie bisher- wenn auch mit einem reinen, „grünen“ Gewissen.

In Wahrheit war der Ressourcenverbrauch noch nie so groß wie heute. Der jährlich vom Global Footprint Network, einer internationalen Nachhaltigkeitsorganisation errechnete sogenannte World-Overshoot-Day, der Tag also, an dem die Menschheit ihr Jahresbudget an Ressourcenverbrauch verbraucht hat, verschiebt sich immer weiter nach vorne. 2015 fiel das Datum, amtlich verkündet vom Umweltbundesamt, auf den 13. August, sechs Tage früher als ein Jahr zuvor. Von diesem Tag an entnahm die Menschheit mehr Holz, Kulturpflanzen und Futtermittel als diese auf unseren Wald-, Acker-, Weideflächen und in unseren Fischgründen regeneriert werden können. Dazu wurden mehr Treibhausgase emittiert, als sie von Wäldern und Ozeanen absorbiert werden können.

Noch 1987 fiel der Earth Overshoot Day auf den 19. Dezember. Grund für das immer weitere Vorrücken sind, so die Behörde, vor allem die hohen Konsumniveaus in Industrie- und zunehmend Schwellenländern sowie das schnelle Bevölkerungswachstum in Afrika sowie Teilen Asiens und Südamerikas. Bildlich gesprochen lebt die Menschheit derzeit so, als hätte sie 1,6 Erden zur Verfügung. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, aller angeblichen

Anstrengungen um die Umgestaltung der Weltwirtschaft zur „green economy“ zum Trotz. Oder sogar von diesen weiter befeuert.

Spürbar wird die fatale Übernutzung der Ökosysteme besonders an der vom Menschen sehr wahrscheinlich verstärkten und beschleunigten Erderwärmung, der Übersäuerung, Überfischung und Vermüllung der Meere, dem Versiegen von Süßwasserquellen, schrumpfenden Wäldern, zunehmender Bodenerosion vor allem infolge agrarindustrieller Übernutzung und dem Verlust von Tier- und Pflanzenarten. Eine anhaltende, massive Zersiedelung insbesondere in den dicht besiedelten Industrieländern, bedroht überdies historisch gewachsene Landschaftsbilder, die für Erholungszwecke dringend gebraucht werden und der mehr und mehr Natur fern lebenden Bevölkerung noch ein Bild davon vermitteln können, dass der Mensch, heute wie vor hunderttausenden Jahren, Teil der Natur und letztlich von ihr abhängig ist.

Wichtigster Treiber dieser Entwicklung ist ein Wirtschaftssystem, das sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges mehr oder weniger weltweit etabliert hat und mehr denn je auf schnellen, ungezügeln Massenkonsum setzt. Längst geht es in der Ex- und hopp-Gesellschaft nicht mehr um die Nützlichkeit von Konsumgütern für das menschliche Wohlbefinden, sondern um Konsum als Selbstzweck. Regelmäßige Appelle von Politiker, den Binnenkonsum als Wachstumsmotor zu stützen, werden flankiert von einer verantwortungslosen Geldpolitik, die die Geldschleusen bis zum Anschlag öffnet, um Privatkonsum, Investitionstätigkeit und damit neues Wachstum zu generieren und dabei selbst vor absurd anmutenden Konzepten wie dem „Helikoptergeld“, also Schulden finanziert Geldgeschenke der Europäischen Zentralbank an die Bevölkerung auf Kosten künftiger Generationen, nicht zurückschreckt.

Eine grundsätzliche Wachstumskritik, wie sie zu den Hoch-Zeiten der Finanzkrise Ende der 2010er Jahre aufflammte, ist wieder verstummt, selbst in einst zumindest in Teilen Wachstums kritischen Parteien wie den Grünen. Stattdessen setzt man ganz auf Konzepte einer „grünen“ Ökonomie, eines „green new deal“ oder „ökologisch verträglichen Wirtschaftswachstums“ (Winfried Kretschmann), in dessen Zentrum vor allem die sogenannte Energiewende steht. Diese hat sich freilich längst als eines der übelsten Umweltzerstörungsprojekte aller Zeiten erwiesen mit einem bislang für kaum möglich gehaltenen Natur- und Landschaftsverbrauch und der Gefährdung zahlreicher Tierarten. Diese Energiewende droht auch erste Erfolge einer Agrarwende, also der Abkehr von großindustriellen Tierhaltungs- und Agrarbewirtschaftungssystemen, wieder zunichte zu machen.

Dass ewiges Wachstum in einer begrenzten Welt eine Illusion ist, gilt mittlerweile als Binsenweisheit. Doch über Alternativen ist noch viel zu wenig nachgedacht worden, obwohl in vielen Industrieländern angesichts zunehmender Sättigungstendenzen oft nur noch geringe

Wachstumsraten hart am sogenannten Nullwachstum erzielt werden können. Doch Nullwachstum oder sogar eine Rezession werden von fast allen Politikern als das größtmögliche Übel angesehen. Nullwachstum stellt nämlich bisherige, vergleichsweise bequeme, weil konfliktärmere gesellschaftliche Verteilungsmuster auf den Prüfstand. Solange der zu verteilende „Kuchen“ immer größer wurde, konnten Verteilungskämpfe weitgehend vermieden werden. Strategien für die Zeit „danach“ gibt es bislang nicht.

Versprechungen eines „qualitativen“ bzw. „dematerialisierten“ Wachstums haben sich meist als hohl oder falsch erwiesen. Auch in einer sogenannten Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft mündet ökonomisches Handeln immer in der Produktion neuer Konsumgüter oder entsprechender Dienstleistungen, die meist wiederum die Bereitstellung materieller Güter erfordern. Bestes Beispiel ist die Internetökonomie. Der Boom der Internet-Kaufhäuser und des virtuellen Einkaufens ist keineswegs virtuell geblieben, sondern hat unter anderem zu einem sprunghaften Anwachsen des Verpackungsmülls sowie des Lieferverkehrs geführt. Auch die mobile Kommunikation als solche ist ein Ressourcenfresser erster Güte. Einer Studie des Fraunhofer-Instituts zu Folge, wären weltweit 25 Atomkraftwerke nötig, um den Strombedarf des globalen Internets zu decken. Bei aktuell „nur“ 2,5 Milliarden Menschen, die weltweit online gehen.

Es ist zwar in manchen Bereichen gelungen, Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Doch absolut gesehen wächst der Ressourcenverbrauch weiter. Viele Effizienzgewinne werden regelmäßig durch Rückkopplungseffekte (Rebound) aufgezehrt oder sogar positiv übertroffen. Auch fortgesetzte „Innovation“, das Mantra der Wachstumspolitiker, vermögen dieses Bild oft nicht zu verbessern. Nicht selten handelt es sich nur um „Scheininnovationen“ ohne zusätzlichen Nutzen, die einzig und allein zur Steigerung des Absatzes ersonnen wurden. Dieses Prinzip könnte beispielsweise auch für das derzeit heiß diskutierte führerlose Auto gelten. Schon jetzt ist abzusehen, dass der zunehmende Fahrtenkomfort des automatisierten, Rechner gestützten Individualverkehrs das Verkehrsaufkommen insgesamt wieder ansteigen lassen könnte, weil bisherige Vorteile etwa der umweltfreundlichen Bahn verloren gehen.

Aus den dargelegten Gründen ist unreflektiertes und ungebremstes Wachstum um des Wachstums willen die größte Bedrohung für die Ökosysteme und die Vielfalt der Arten auf diesem Planeten und letztlich den Menschen. Auch ein Natur- und Umweltschutzverband wie der VLAB muss sich diesen drängenden gesellschaftlichen Fragen stellen.

## Thesen einer Wachstumskritik aus wertkonservativer Perspektive

- Ungebremstes Wirtschaftswachstum ist in einer begrenzten Welt nicht möglich und bedroht die Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen.
- Sparsamkeit und Verzicht auf individueller Ebene sind eine Tugend, kein Wachstumshemmnis.
- Eine „grüne“ Ökonomie („green new deal“) löst das Ressourcenproblem nicht, sondern ist lediglich „alter Wein in neuen Schläuchen“ und ein weiterer Wachstumstreiber.
- Nur ein generelles „weniger“ im Rahmen einer umfassenden Suffizienzstrategie kann, wenn überhaupt, den Planeten in seiner jetzigen Vielfalt retten, wobei die Industrieländer beim notwendigen Rückbau ausufernder, hedonistischer Lebensstile in Vorleistung treten müssen. Entwicklungs- und Schwellenländern sind zunächst weitere Wachstumschancen einzuräumen.
- Der Staat muss seine regulierenden und sanktionierenden Funktionen stärker wahrnehmen als bisher. Die Durchsetzung von Gesetzen etwa zum Umweltschutz muss gewährleistet sein und darf nicht an NGOs delegiert werden. Das Personal zur Durchsetzung und Kontrolle staatlichen Handelns muss bereitgestellt werden.
- Die Handlungsfähigkeit nationaler staatlicher Institutionen muss gewährleistet bleiben. Weitere Deregulierungen sind abzulehnen, nicht zuletzt im Zuge neuer Freihandelsverträge wie dem transatlantischen Abkommen TTIP.
- Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs (Carsharing, Repair-Cafes, Zero-Waste-Communitys, Regionalwährungen, Urban Gardening, etc.) sind, sofern es sich nicht um reinen Öko-Lifestyle handelt, zu unterstützen, können stattdliches Handeln jedoch nicht ersetzen.
- Subventionen, die den Ressourcenverbrauch weiter anheizen, müssen eingestellt werden. Dazu zählen auch verkappte Subventionen wie die „Ökostrom“-Umlage.
- Die Politik und die traditionelle Wirtschaftswissenschaft müssen sich mit Möglichkeiten eines sogenannten Nullwachstums auseinandersetzen und Konzepte entwickeln, wie Verteilungskonflikte auch in einer Welt ohne oder mit deutlich geringerem Wachstum auf friedliche Weise angegangen werden können.
- Um den Ressourcenverbrauch zu verringern und die Bevölkerung zu dringend nötigen Verhaltens- und Lebensstiländerungen zu animieren, ist marktwirtschaftlichen Lösungen der Vorzug zu geben. Am besten erreicht man die Menschen über ihren Geldbeutel. Dabei müssen Verzicht bzw. Sparsamkeit in monetären und sozialen Kategorien belohnt, Verschwendung bestraft werden.
- Die Frage der Überbevölkerung und ihrer Eindämmung muss auf die politische Agenda zurückkehren. Dabei müssen interkulturelle und soziale Fragen angemessen berücksichtigt werden. Konflikte mit den Kirchen werden dabei nicht zu vermeiden sein. Andererseits können die Kirchen Bündnispartner im Ringen um die Etablierung wirklich nachhaltiger Lebensstile sein.